



Bildung, Forschung und Innovation – Wortlaut Sondierungspapier (Stand 15.11.2017)

„Die Gesprächspartner wollen in den nächsten vier Jahren Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation deutlich stärken und machen sich das Ziel zu eigen, gesamtstaatlich bis zum Jahr 2025 für Bildung und Forschung insgesamt mehr als 10 Prozent des BIP aufzuwenden. Wir wollen, dass Deutschland künftig weltweit zu den Spitzenländern bei Bildungsinvestitionen und der Qualität der Bildung zählt. Bildung und Forschung sind die Quelle künftigen Wohlstands, eröffnen Chancengerechtigkeit für alle und sind Voraussetzung für eine moderne und weltoffene Gesellschaft. Bildung, Wissenschaft und Forschung sind eine gesamtstaatliche Aufgabe und können nur gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen erfolgreich gestaltet werden.

Wir wollen auch im Bildungsbereich die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sicherstellen. Deswegen wollen wir die Zusammenarbeit und Kooperationskultur zwischen Bund, Ländern und Kommunen im Bildungsbereich weiter stärken. Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für optimale Lehr- und Lernbedingungen an unseren **allgemeinbildenden und beruflichen Schulen** schaffen. An der [Grüne/FDP: grundsätzlichen] Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern halten wir fest. Dafür wollen wir:

- einen Digitalpakt Schule schließen, der alle Schulen bei der Digitalisierung und den dazugehörigen pädagogischen Konzepten unterstützt sowie die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften im Digitalbereich voranbringt.
- darauf hinwirken, dass qualitativ hochwertige Ganztagesangebote verlässlich und bedarfsgerecht zur Verfügung stehen.
- -um den Schulwechsel zwischen den Bundesländern zu erleichtern und die Gleichwertigkeit der Abschlüsse zu sichern- gemeinsam mit den Ländern darauf hinwirken, bundeseinheitliche Bildungsstandards zu etablieren und deren Einhaltung zu gewährleisten.

[CDU/CSU: Dies wollen wir im Rahmen der bestehenden grundgesetzlichen Ordnung erreichen.]
[FDP/Grüne: Die dafür notwendigen verfassungsrechtlichen Änderungen wollen wir vornehmen.]

Wir wollen die Allianz zur **Aus- und Weiterbildung ausbauen** und einen Berufsbildungspakt zur Stärkung der beruflichen Bildung auf den Weg bringen. Dabei geht es insbesondere um die Qualitätsverbesserung und die Anerkennung der Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung.

Wir wollen das **lebensbegleitende Lernen** fördern und die Qualität der Weiterbildung sichern und steigern. Dazu gehört Standards im Bereich der Abschlüsse und mehr Beratung und Transparenz.

Wir wollen die Hochschulen weiter stärken. Es soll eine Nachfolgevereinbarung zum **Hochschulpakt** geben, wobei unter anderem Fragen der Qualität, des Erhalts der Kapazitäten und der Digitalisierung eine Rolle spielen sollen. Wir setzen die **Exzellenzstrategie** fort.

Wir wollen zunächst eine **Reform des BAföG**, damit mehr Studierende als bisher einen Anspruch erhalten u.a. durch Erhöhung der Freibeträge, Bedarfssätze, und den Ausbau der Stipendienprogramme. Wir werden darüber hinaus eine **Reformkommission** einsetzen, die neue Modelle zur weiteren Stärkung und **Modernisierung der Studienfinanzierung** erarbeiten soll.



Hierbei sollen unter anderem das Schüler-, Studierenden- und Meister-BAFÖG einbezogen werden.

Wir wollen **bessere Bedingungen für Wagniskapital** in Deutschland schaffen.

Wir wollen die Aufwendungen für **Forschung und Entwicklung in Deutschland auf 3,5 Prozent des BIP** bis 2025 steigern. Wir wollen seitens des Bundes unseren Anteil an der Steigerung erbringen. Darüber hinaus wollen wir ergänzend zur Forschungsförderung unter anderem mit der **Einführung einer steuerlichen Forschungs- und Entwicklungsförderung** die Wirtschaft anreizen, ihren Beitrag zu leisten. Den Pakt für Forschung und Innovation werden wir stärken.

Die „**Hightech-Strategie**“ wollen wir weiterentwickeln mit Fokussierung auf die großen Herausforderungen und dabei neue, innovative Instrumente unter anderem zur Förderung von disruptiven Sprunginnovationen partizipativen Elementen und Technologietransfer berücksichtigen.

Die **Technologieoffenheit und Forschungsfreiheit** wollen wir beibehalten bei gleichzeitiger Stärkung der Begleitforschung, des ethischen Diskurses und gesellschaftlicher Verantwortung zu Technologiefolgen.“

Erläuterung der Sondierungsergebnisse zu den Themen „Bildung, Forschung und Innovation“¹

Bildung, Forschung und Innovation gehörten in der medialen Wahrnehmung zu den Themen ohne Großkonflikte. Die Sondierungspartner CDU, CSU, FDP und wir Grüne konnten sich hierbei tatsächlich zügig auf Leitlinien und -Projekte für mögliche Koalitionsverhandlungen verständigen. Gleichwohl waren es auch hier intensive und stundenlange Verhandlungen, in denen in der Sache hart und um jedes Wort im Sondierungspapier gerungen wurde – immerhin in einer zumeist konstruktiven Gesprächsatmosphäre.

Als potenzielles Chancen-Thema für das schwierige Bündnis konnten wir hier viele grüne Anliegen für Zukunftsfähigkeit, faire Modernisierung und mehr soziale Gerechtigkeit durch Bildung verankern. Es gelang ferner, die Tür aufzustoßen für einen sozial-ökologischen Innovationsbegriff in der Forschungsförderung.

Hier meine Einschätzungen und Erläuterungen im Einzelnen:

- **Bildungs- und Forschungsinvestitionen:** Ein Erfolg wäre gewesen, dass alle potenziellen Partner Bildung und Forschung als „Quellen künftigen Wohlstands“ und zur Eröffnung von Chancengerechtigkeit anerkannt und sich damit zu höheren Investitionen bekannt hätten – als „Voraussetzung für eine moderne und weltoffene Gesellschaft“. Damit wäre die gesellschaftspolitische Verantwortung von Bildungs- und Forschungspolitik nachhaltig verankert gewesen.

¹ Die Themen Digitalisierung und Medien wurden in getrennten Runden und von anderen Fachleuten sondiert.



Seit 1998 haben alle Bundesregierungen die Ausgaben für Bildung und Forschung gesteigert. Im letzten GroKo-Haushalt für 2018ff wurde dieser Aufwuchs fatalerweise gestoppt und Stagnation bei diesen so wichtigen Zukunftsinvestitionen eingeleitet. Den Aufwuchs wollten wir nun wieder weiter fortsetzen, damit 2025 das Ziel erreicht wird, „mehr als 10 Prozent“ des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Bildung, Forschung und Entwicklung zu investieren. Wir konnten dabei die Absicht von CDU und CSU abwehren, das 7-Prozent-Ziel für Bildung auf 6,5% zulasten des konsentierten Aufwuchses bei Forschung und Entwicklung auf 3,5% abzusenken. Damit war in dem Papier das wichtige Signal gesetzt, dass es keine Stagnation oder gar Kürzung, sondern eine Verstärkung der Aufwüchse bei Bildung und Forschung geben würde.

Die Absicht aller vier Parteien war, in den kommenden vier Jahren konkret rund 14 Mrd. € auf Bundesseite zusätzlich in die Hand zu nehmen. Wie viel Geld in welchem Jahr in Bildung und Forschung fließen sollen, hätten wir in möglichen Koalitionsverhandlungen besprochen.

- **Schulen fördern:** Wir haben der Union abgetrotzt, sich zu einer Mitverantwortung des Bundes für gute Schulen durchzuringen. Ein Erfolg von uns und FDP war, das Ziel zu verankern, „bessere Rahmenbedingungen für optimale Lehr- und Lernbedingungen an unseren allgemeinbildenden und beruflichen Schulen“ zu schaffen. Denn die Union wollte bis auf den – bereits im Oktober 2016 von der scheidenden Bundesregierung verkündeten, jedoch noch nicht beschlussreifen – „Digitalpakt Schule“ keine weiteren Verbesserungen für die Schulen. Zusätzlich wurden der Ganztagschulausbau mit Bundesmitteln als grünes Projekt sowie auf Drängen der FDP die Einhaltung der bundeseinheitlichen Bildungsstandards im Papier verankert. Diese drei Projekte standen gleichrangig und geeinigt im Papier.

Beim „Digitalpakt Schule“ zeigte sich, dass er wegen unklarer Verfassungsgrundlage und fehlender Finanzierung auf Eis lag. Daher war die sinnvolle Umsetzung dieses Paktes in der Fläche für uns ein Hebel, die letzten Hürden des Kooperationsverbots im Grundgesetz bei der Bildungszusammenarbeit infrage zu stellen und zu tilgen.

Im Verlauf der Koalitionsverhandlungen wollten wir auch den kommunalen Bedarf für die Bildungsinfrastruktur aufrufen, wie wir es in unserem Wahlprogramm fordern. Womöglich wäre dies in der Gruppe zur Kommunalpolitik erfolgt: Dort war schon eine Basis gelegt mit der Formulierung, dass „bundesweit gleichwertige Lebensverhältnisse“ ermöglicht werden sollten, was auch „Maßnahmen der Daseinsvorsorge, Infrastruktur, Bildung, Hochschule und Forschung...“ umfassen sollte.

- **Modernisierung Bildungsföderalismus:** Bis zuletzt strittig war, wie Bildung, Wissenschaft und Forschung als gesamtstaatliche Aufgabe gestärkt werden können. Das Kooperationsverbot, das CDU/CSU und SPD 2006 beschlossen haben, hat die grüne Bundestagsfraktion stets als widersinnig kritisiert. Gemeinsam mit der FDP waren wir der Auffassung, dass wir die für eine neue Kooperationskultur notwendigen verfassungsrechtlichen Änderungen vornehmen wollten. Auf diese Weise wollten wir die Bildungszusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen weiter stärken und breiter ermöglichen. Hier standen wir kurz davor, im grün-gelben „Schulterschluss“ CDU und CSU zum Einlenken zu bewegen. Das gänzliche Kippen des Kooperationsverbots, im ersten



Schritt durch eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag, wäre damit zum Greifen nahe gewesen. Denn SPD und Linksfraktion hätten einem dementsprechend möglichen Jamaika-Vorhaben kaum die Zustimmung verweigern können.

- **Berufliche Bildung, Weiterbildung und Lebenslanges Lernen:** Besonders erfreulich war, dass eine Jamaika-Koalition einen Schwerpunkt auf die berufliche Bildung legen wollte. Hier haben wir unsere Punkte teilweise wortgetreu unterbringen können. Der Ausbau der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ hätte gesichert, dass auch die Gewerkschaften weiter mit am Tisch sitzen, die zu schwarz-gelben Koalitionszeiten die Allianz verlassen hatten. Mit einem Berufsbildungspakt wollten wir die Qualität der Ausbildung steigern und die Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung stärken. Dieser Pakt ist Ankerpunkt für unsere Ausbildungs- und Weiterbildungspläne (Ausbildungsfinanzierung, BildungszeitPlus, Modernisierungsprogramm für die Ausstattung der Berufsschulen). Dagegen konnten wir die inhaltsleere „Exzellenzinitiative für die berufliche Bildung“, die die FDP gefordert hat, abräumen. Gleiches galt für deren unsoziales Bildungssparmodell.
- **Hochschulen stärken:** Sehen lassen können hätten wir uns auch mit den Übereinkünften zu Hochschulpolitik. „Wir wollen die Hochschulen stärker“, klingt zunächst trivial, musste aber der Union abgetrotzt werden, die den Bund für die Hochschulfinanzierung nicht für zuständig bzw. mitverantwortlich hält. Damit hatten wir auch ein Bekenntnis erreicht, dass es eine Nachfolge für den dringend notwendigen Hochschulpakt (HSP) geben muss, der längst einen unerlässlichen Beitrag für die Grundfinanzierung der Universitäten und Fachhochschulen spielt. Damit würde eine Vorsorge getroffen für die Zeit nach 2020, wenn der derzeit gültige HSP ausläuft. Unser Ziel ist es, dass der Bund dauerhaft die Länder beim Erhalt der Studienplatzkapazitäten unterstützt und für mehr Qualität im Studium sorgt. Das würde den Hochschulen mehr Planungssicherheit geben und soll auch für bessere Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft sorgen. Während die FDP zum HSP keine Meinung hatte, wollte die Union allenfalls noch in Qualität und nicht mehr in Quantität (Kapazitäten) investieren. Gut ist, dass die Wissenschaftsminister*innen der Länder unserer Forderung Nachdruck verleihen: Sie haben während der Sondierung bekräftigt, dass der HSP auch künftig notwendig sein wird. Der Bund solle auch künftig genauso viel Geld wie bisher bereitstellen. Die Studiengebühren-Forderung der FDP konnten wir erfolgreich abwehren. Das Bekenntnis zur Exzellenzstrategie ist folgenlos, weil sie ohnehin unbefristet läuft und die zugehörige Verwaltungsvereinbarung frühestens 2027 gekündigt werden könnte.
- **Studienfinanzierung/BAföG:** Unser wichtigster Erfolg war die Einigung, dem BAföG als soziales Förderinstrument für Bildungsaufstieg und Zugangschancen zu neuer Kraft zu verhelfen und dafür u.a. die Fördersätze und Einkommensfreibeträge zu erhöhen. Die Union hingegen wollte ursprünglich keine BAföG-Reform und die FDP wollte es durch ein ungerechtes und teures Modell ersetzen. Als Zugeständnis an die FDP stand der Ausbau der Stipendienprogramme drin. Gut für Grüne und FDP wäre gewesen, in dieser Wahlperiode eine Reformkommission einzusetzen, die verschiedene Bildungsfinanzierungsgesetze hätte betrachten sollen und Vorschläge für eine weitere Modernisierung der Bildungsfinanzierung unterbreiten, wozu u.a. das Schüler*innen-, Studierenden- und Meister-BAföG gehört. Das hätte den Spielraum eröffnet, das grüne Zwei-Säulen-Modell weiter auszuarbeiten, um es mittelfristig als echte Ausweitung des BAföG umzusetzen. Zugleich hätte auch die FDP versuchen können, ihr



Bildungsfinanzierungsmodell umzusetzen, das zu einer massiven Umverteilung geführt hätte und jährlich 19 Milliarden Euro zusätzlich kosten dürfte (aktuell sind für das BAföG rund 2,6 Mrd. Euro eingeplant)².

- **(Steuerliche) Forschungsförderung:** Bei Forschung und Innovation war das Bekenntnis, die gesamtstaatlichen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung auf 3,5 Prozent des BIP bis 2025 zu steigern, ein gemeinsames Anliegen aller vier Partner. Gut war auch, die Einführung einer steuerlichen Forschungs- und Entwicklungsförderung zu vereinbaren, dazu hatten wir bereits in der 18. Wahlperiode ein Gesetz vorgelegt. Hier hätte es zwar noch Debatten um die genaue Ausgestaltung gegeben. Wir hätten dabei aber gute Karten gehabt, da unser Modell das zielgenaueste ist. Es hätte auch die geringsten Steuerausfälle bewirkt, weil es nur echte KMU gefördert hätte. Ebenfalls alle vier Partner waren für die Weiterentwicklung und Stärkung des Paktes für Forschung und Innovation. Hier war unser Ziel, in den weiteren Verhandlungen eine Verbindung zum HSP zu erreichen und auch die „Infrastrukturen des Wissens“ nochmal anzusprechen, um die Schere zwischen universitärer Forschung und außeruniversitärer Forschung nicht weiter auseinanderklaffen zu lassen.
- **Forschungsinhalte und -formate:** In der Forschung überwogen ansonsten klassische Kompromisse: Mehr Wagniskapital (FDP/Grüne), Weiterentwicklung der Hightech-Strategie (alle) mit Fokussierung auf die großen Herausforderungen (Grüne) und Berücksichtigung neuer innovativer Instrumente (Grüne), um u.a. „disruptive Sprunginnovationen“ (Union/FDP), partizipative Elemente (Grüne) und Technologietransfer (alle) zu fördern. Das Bekenntnis zu Forschungsfreiheit (alle) war von FDP/CDU mit der Technologieoffenheit verbunden worden. Wir hatten – mit teilweiser Unterstützung der Union – betont, dass zu dieser Offenheit auch eine Stärkung der Begleitforschung, des ethischen Diskurses und der gesellschaftlichen Verantwortung zu Technologiefolgen gehört. Hier wären in möglichen Koalitionsverhandlungen noch Debatten aufgekommen, aber die Kräfte zur Forschungsausrichtung wären zwischen den vier Parteien austarierbar gewesen.

² Das FDP-Modell sieht 500 Euro für alle Schüler*innen/Azubis/Studierende vor. Das ist aus mehreren Gründen nicht zielführend und ungerecht: Es bietet Betrieben den Anreiz, Ausbildungsvergütungen abzusenken. Ärmere Studierende können davon nicht leben und müssen entweder ein Darlehen aufnehmen oder mehr jobben. Wohlhabende Studierende ohne wirklichen Bedarf hingegen erhalten 500 Euro „Taschengeld“ im Monat. Für Studierende mit BAföG-Vollförderung (2016 waren es 48% der Geförderten) bedeutet das FDP-Modell in zweifacher Hinsicht einer Verschlechterung: Statt 927 Euro (BAföG-Höchstsatz plus Kindergeld) gibt es über das FDP-Modell nur noch 500 Euro. Zudem plant die FDP keine maximale Verschuldensobergrenze bei den Darlehen (beim BAföG beträgt sie 10.000 Euro). Das grüne Modell gibt allen Studierenden einen Basiszuschuss und für Studierende aus einkommensarmen Elternhäusern eine bedarfsabhängige zweite Säule, ebenfalls als Vollzuschuss.